DEUTSCHE BAUZEITUNG 1927, Nr. 48

BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

AUSSTELLUNGEN, MESSEN

HERAUSGEBER: REG.-BAUMEISTER FRITZ EISELEN

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

61. JAHRGANG BERLIN, DEN 15. JUNI 1927 Nr. 12

Großstadt und Arbeitslosigkeit.

Von Oberbaurat Hespeler, Lübeck.

Die Großstädte und ihre Industrieanlagen werden ständig vergrößert. — Die hohen Großstadtkosten und die Weltwirtschaftslage ergeben die Frage, ob in Zukunft die Riesenstädte ihre Bewohner ernähren können. — Vorgeschlagen wird: Verteilung der Industrie aufs Land und Gründung von Dörfern durch die Großstädte selber. —

Am Ende des Krieges wurde erstrebt, möglichst viele Leute auf dem Lande derart neu anzusiedeln, daß nicht nur ihre Wohnung, sondern auch ihre Arbeitsstätte vollständig von der Großstadt getrennt würde. Statt die Riesenzahl der Großstadtarbeiter zu vermehren, wollte man neue Kleinbauernstellen schaffen.

Durch die Schwierigkeiten, die sich diesem Plane entgegenstellten und durch die große Wohnungsnot der Großstädte mußte aber dieser Gedanke zurücktreten. Als Ersatz dafür legte man dort neue Wohnanlagen vielfach dorfartig an, doch müssen deren Bewohner nach wie vor ihrem Berufe in der Großstadt nachgehen. Diese Siedlungen am Rande der Großstädte haben kein eigenes natürliches Leben, und die ganze Familie ist trotz ländlichem Haus mit Garten untrennbar mit der Großstadt verbunden. Die Großstädte erweitern sich so immer mehr, und die Bewohner ihrer Außengebiete bezahlen die zwar unbestreitbaren Vorzüge der Siedlung mit immer größer werdendem Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit. Je größer die so aufgelockerte Stadt wird, desto kleiner wird die verfügbare Zeit für den Garten; und die danach bemessenen kleineren Gärten können auch in Zeiten der Erwerbslosigkeit nur wenig zum Unterhalt ihrer Besitzer beitragen.

Der Hauptpunkt bei der ganzen Sache ist und bleibt aber, daß dieser „Siedler" seelisch wie beruflich in der zermürbenden Großstadt bleibt. Dabei ist festgestellt, daß die Allgemeinunkosten der Großstadt infolge der gesteigerten Lebenshaltung, der Verkehrs-, Verwaltungs- und sozialen Lasten erheblich höher sind als in der Kleinstadt. Trotzdem stellt jede Großstadt Bebauungspläne für eine mehrfache Vergrößerung ihrer Bevölkerungszahl und riesige Vergrößerungen ihrer Industriegebiete auf, und die Frage wird immer dringender: Kann denn die Großstadt diese Leute auch auf die Dauer ernähren, und kann der Weltmarkt diese Industrieerzeugnisse alle aufnehmen?

Das riesige Anwachsen unserer Großstädte beruhte auf der gewaltigen Steigerung der Ausfuhr unseres Großgewerbes. Gestützt auf die billige Arbeitskraft des jungen Industriestaates, auf den Rückhalt des mächtigen Reiches im Ausland und auf die vielen Einfuhrmöglichkeiten in gewerblich nicht entwickelten Ländern erweiterten sich unser Großgewerbe und unser Handel schon im Frieden ganz außerordentlich, und durch den Kriegsbedarf wurde die Leistungsfähigkeit des Großgewerbes sowie die Zahl der von ihm abhängigen Arbeiter weiter stark erhöht.

Der deutsche Arbeiter hat aber inzwischen seine Forderungen auf verkürzte Arbeitszeit, erhöhten Lohn und erweiterte soziale Fürsorge in erheblichem Maße durchgesetzt, dazu kommen die Riesenlasten aus dem Friedensvertrag, wodurch sich natürlich die Gestehungskosten gegen früher erhöhen. Durch die veränderte politische Lage sind aber auch die Auslandsverkäufe erheblich schwieriger geworden, und vor allen Dingen ist das Absatzgebiet außerordentlich zusammengeschrumpft. Während des Krieges wurden in allen Ländern, besonders auch in denen, die früher reine Rohstoffgebiete waren, zahllose neue Fabriken errichtet, und nach dem Kriege haben alle diese Staaten weiter das Ziel verfolgt, mindestens für den eigenen Bedarf, möglichst aber auch für die Ausfuhr, ihre Rohstoffe im eigenen Lande zu verarbeiten. Zollschutz unterstützt diese Politik, und die für ungelernte Arbeiter, z. B. in Südafrika, Indien, Japan, China, erheblich billigeren Löhne und der Wegfall von Frachten machen in vielen Fällen europäische Einfuhr unmöglich. Die durch letzteren Umstand hervorgerufene Arbeitslosigkeit zeigt sich nicht nur in Deutschland, sondern auch z. B. in England, und es ist nicht anzunehmen, daß dieser Zustand vorübergehend ist, denn den jungen Industriestaaten stehen ausländische Ingenieure, Kaufleute sowie Facharbeiter reichlich zur Verfügung. Mit Erfolg wird schon unser Markt mit ausländischen Erzeugnissen versorgt.

Man muß daher aus der Entwicklung des letzten Jahrzehnts den Schluß ziehen, daß wir in Zukunft nicht aus der Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit herauskommen, wenn wir wie in Vorkriegszeiten die uferlose Industrialisierung und Großstadtentwicklung weiter pflegen.

Es muß daher versucht werden, die Erzeugnisse des Großgewerbes zu verbilligen und möglichst viele Menschen anderen Berufen zuzuführen. Endziele, die natürlich nur in langsamer Entwicklung zu erreichen sind.

Eine Verbilligung tritt ein, wenn die Fabrik von den mit der Großstadt zusammenhängenden mittelbaren und unmittelbaren Lasten befreit wird. Eine Werksanlage im geschickt angelegten Industrieviertel einer kleineren Stadt kommt mit weit geringeren Unkosten und Löhnen aus, die Anfuhr der Rohstoffe ist meistens billiger als in der Großstadt, die Verteilung der Fertigwaren kann durch Sammelsendungen wie Lastkraftwagen günstig und billig erfolgen. Plätze und Bauten sind billiger, Arbeiter und Angestellte wohnen daher billiger oder besser und ersparen Zeit und Geld für die in der Großstadt nötigen Fahrten. Während Großstadterweiterungen in der Bauweise entlegenster Dörfer (ohne Wasserleitung usw.) unnatürlich sind, bietet die Kleinstadt eine natürliche Gelegenheit zum Bau der Eigenhäuser mit Garten.

Die Verhältnisse, unter denen früher die Anlage von Gewerbestätten in der Großstadt als die einzig richtige erschien, haben sich grundlegend geändert; bei unseren heutigen Verkehrsmitteln, bei der Normierung und Spezialisierung, bei der häufigen vollständigen Trennung von Betrieb und Zentrale mit Handelsabteilung, bei der Kraftzufuhr durch Überlandzentralen und in Zukunft durch Ferngasleitungen und verflüssigte Kohle liegt keineswegs mehr die Notwendigkeit der Zusammenballung in der Großstadt vor. Daß die Industrie die Großstadt als Sammelbecken benutzen will, um rasch Menschenmassen aufnehmen und abstoßen zu können, ist bequem: der Vorteil wird aber durch die Verteuerung und das Massenelend hoch bezahlt. Zudem ist bei guten Verkehrsverhältnissen auch die Umgebung einer Kleinstadt ein gutes Sammelbecken, was die Verhältnisse z. B. in Pforzheim und in württembergischen Kleinstädten beweisen. Diese Arbeiter, die oft auf ihren Dörfern wirkliche Kleinlandwirtschaft haben, liegen auch bei Arbeitslosigkeit nicht einfach auf der Straße.

Praktisch hat aber die Neuanlage auf dem Lande sehr große Schwierigkeiten: die Gründung der oft vorgeschlagenen Tochterstädte ist kaum durchführbar, und die geeigneten Klein- und Mittelstädte können meist nicht so günstiges Industriegelände mit allen Anschlüssen zur Verfügung stellen, können auch bezüglich Erleichterungen

beim Bauen, Beteiligungen, Darlehen, Wohnungsbau, Vorzugstarifen und Werbetätigkeit meist nicht so leistungsfähig sein, wie eine Großstadt mit ihren viel ausgedehnteren Mitteln.

Sollte es aber nicht möglich sein, daß die Großstadtverwaltung selbst die Verteilung aufs Land vornimmt, dergestalt, daß sie mit den für sie geeigneten Klein- und Mittelstädten Geschäftsverbindungen eingeht, und selbst dort diese Vorarbeiten schafft, Mittel bereitstellt, Wohnungen baut, ihren Einfluß auf Industrie, auf Erwerbs- und Wohnungslose anwendet, für die Anlage wirbt, kurz für sie arbeitet, wie etwa für eine eingemeindete Vorstadt? Das würde bedeuten, daß diese Neugründung im wesentlichen auch mit Kräften und Firmen aus ihrer Mitte erfolgt sowie daß der Verkauf alter Werke günstig benutzt wird, um den Ersatzanlagen draußen Platz und Wohnungen anzubieten. Selbstverständlich wird die Großstadt dies nicht tun, wenn sie später jeden Einfluß auf die Gründung verliert, sie wird auch diese durch Landgebiete getrennte Bezirke nicht eingemeinden können; aber ebenso wie in Industrie und Handel die verschiedensten Zusammenschlüsse möglich sind, so ist auch hier eine Abmachung denkbar, die an dem Reinertrag der so vergrößerten Kleinstadt sowohl diese wie die gründende Großstadt beteiligt, aber beiden die Selbständigkeit läßt. Daß die Großstadt für einen entsprechenden Einfluß in der Verwaltung und für rascheste und beste Verbindung zu dieser Zweigniederlassung sorgen wird, braucht wohl hier nicht besonders betont zu werden.

Diese Lösung bringt viele Vorteile, die Großstädte werden nicht uferlos erweitert, die in den „Filialen" angesiedelten Menschen belasten nicht die Verkehrsmittel der Innenstadt, die Neuanlage ist in der Kleinstadt billiger als sie es in und vor der Stadt selbst wäre, der Einfluß auf die Neuanlagen wie die großen wirtschaftlichen Werte aus dieser, gehen aber der Großstadt nicht verloren. Die nach der kleineren Stadt Versetzten kommen nicht auf Neuland, sondern werden von dem bestehenden Kulturkreis (Schule, Kirche, geistiges und geselliges Leben, Geschäfts- und Erholungsstätten) aufgenommen. Diese Vorbedingungen für ein eigenes Leben des Gemeinwesens, die in Neugründungen und Großstadtsiedlungen zunächst immer fehlen und teilweise gar nicht, teilweise nur mit hohen Kosten geschaffen werden können, sind dort vorhanden und leicht erweiterungsfähig. Dort kann sich auch wirklich ein Heimatgefühl bilden, an Stelle der Wurzellosigkeit des Großstadtmenschen. Erst dort, nicht am Stadtrande, werden wesentlich die sozialen Vorzüge eintreten, die man von der Siedlung erwartet, nämlich Abkehr von Kneipe und Kino usw. Der für die Mehrzahl nicht täglich nötige Zusammenhang mit den großen Kulturmittelpunkten der Stadt bleibt durch die rasche Verbindung gesichert. Als Beispiel für die Möglichkeit des Zusammenarbeitens zweier Städte sei angeführt, daß Hamburg seinen Überseeflughafen gemeinsam mit Lübeck in Travemünde baut und zahlreiche Kieler Familien z. Zt. in Oldesloe angesiedelt werden.

Durch die Kleinstadtsiedlung soll wohl versucht werden, die Erzeugnisse zu verbilligen und die allgemeinen Verhältnisse zu verbessern oder wenigstens nicht weiter zu verschlechtern; die Grundbedingung dieser Anlagen ist aber nach wie vor die industrielle Tätigkeit. Da aber deren Entwicklung, wie eingangs ausgeführt, Grenzen gezogen sind, so ist es noch wichtiger, alle Möglichkeiten zur Vergrößerung der landwirtschaftlichen Tätigkeit auszuschöpfen. Auch hier halte ich es für gangbar, daß die Städte selbst vorgehen. Anstatt weitere Vorstadtsiedlungen anzulegen, kann die Großstadt (natürlich soweit Gelände im weiteren Einzugsgebiet überhaupt vorhanden ist) richtige Dörfer gründen. Bei der Gründung eines solchen Dorfes (sei es auf Ödland oder Großgrundbesitz) werden die Bewohner, samt Kindern, der Großstadt, der Industrie entzogen und dem selbständigen Bauernstande zugeführt. Außer den neuen Bauernstellen würden in diesen Dörfern entsprechend auch Handwerker ihr Auskommen finden, sowie Erholungsstätten, Kinderheime, Heilanstalten der Großstadt angesiedelt werden. Der Einwand, ein mit Kleinbauernstellen besetztes Land würde nicht soviel Lebensmittel ausführen können, wie ein landwirtschaftlicher Großbetrieb auf derselben Fläche, ist kaum stichhaltig; von der Ausfuhrzahl ist die Lebensmittelmenge abzuziehen, die die gegenüber einem Gutspersonal weit zahlreicheren Kleinbauernfamilien selbst benötigen, und überdies kann heute bei guter Anleitung, der genossenschaftlichen Verwendung von Maschinen, bei Darlehenskassen und Verkaufsvereinigungen der gesunde landwirtschaftliche Kleinbetrieb wohl ebenso wirtschaftlich arbeiten als das Gut. Bei gründlicher Durchforschung unserer Anbauverhältnisse wird sich auch der Ertrag so steigern lassen, daß unser Boden mehr Menschen ernähren kann. Nicht zu unterschätzen ist weiter, daß der selbständige Bauer anders wirtschaftet als der Tagelöhner, und daß für das Volkstum die vom Großgrundbesitz heute noch als unentbehrlich bezeichneten polnischen Schnitter und sonstige Fremdarbeiter nicht nur unerwünscht, sondern schädlich sind. Wie bei der Kleinstadtumsiedlung kann auch hier schrittweise vorgegangen werden, so daß diese Anlagen nicht unerschwinglich sind.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Geschäftsverbindung der Großstadt mit kleineren Gemeinwesen viele Schwierigkeiten auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung entgegenstehen, doch sind diese Hindernisse zu überwinden, wenn allseitig der Wille vorhanden ist, ernsthaft den Anfang mit der Abdämmung der Großstadtflut zu machen. Von allen Seiten und aus allen Berufskreisen des In- und Auslandes kommen Stimmen, die die Schädlichkeit einer weiteren Großstadtbildung nachweisen. Die Schwierigkeiten der amerikanischen Riesenstädte zeigen, wohin wir steuern. Die Erfahrungen beim Bau unserer Großstadtsiedlungen zeigen auch, daß auf diesem Wege allein die Großstadtgefahr nicht bekämpft werden kann, die Erwerbslosenziffer und der schlechte Stand vieler Unternehmungen zeigt uns die Krankheit unserer Wirtschaft. Die vermehrte Ausnutzung des Bodens, die Vermehrung der Zahl der Einwohner, die ihre Lebensmittel unmittelbar aus dem Boden ziehen und die Errichtung von Gewerbeanlagen an Stellen mit einfachen, daher billigen Verhältnissen, dürfte ein wichtiges Ziel sein. In vorstehenden Vorschlägen wird versucht, dieses nicht gegen die Großstädte, sondern durch sie zu erreichen; sie würden durch diese Anordnung zwar nicht in heutigem Maße sich unmittelbar vermehren, aber auf andere Weise ihren Einfluß weit über Land geltend machen, nicht zum Schaden, sondern zum Segen der deutschen Wirtschaft.

Tagung der Baufachleute zu Frankfurt a. M. am 28. und 29. März 1927.

Vorträge von Stadtbaurat a. D. Taut, Stadtrat May, Professor W. Gropius u. anderen.

Die stark besuchte Tagung wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Stadtbaurats a. D. Bruno Taut über das Thema „Die neue Wohnung und ihr Innenausbau". Taut betonte einleitend, daß es sich bei diesem Vortrage weder um eine Propagandarede noch um die Aufstellung von Forderungen und Thesen handeln könne, da die fortschrittliche Architektenschaft bereits mitten in ihrem Schaffen stehe. Auch liege es ihm fern, in diesem kurzen Vortrag auf alle Einzelheiten einzugehen. Es handelt sich vielmehr darum, die drei Grundbegriffe Normung, Rationalisierung und Typisierung, auf denen das Problem aufbaue, zu präzisieren. Normung ist nicht allein Verbilligung und Kräfteersparung, auch ist die Normung kein neuer Begriff, sondern bei vielen Gegenständen bereits lange gebräuchlich. Einen interessanten Vergleich bietet die Männerkleidung, bei der bereits seit nahezu 75 Jahren an einer Norm festgehalten wird und obgleich sich die Kleidung keineswegs als praktisch erwiesen hat und in ihrer genormten Form eine absolute Erstarrung bedeutet, ist es nicht möglich, eine Änderung herbeizuführen, da Fabrikation und Handwerk in jeder Weise auf sie eingestellt sind. Rationalisierung soll vor allen Dingen eine ästhetische Grundlage haben. Dinge, die von einer breiten Schicht gleichmäßig benötigt werden, sollen ihr auch gleichmäßig zugute kommen. Aber wie schon das Beispiel der Männerkleidung gezeigt hat, besteht die Gefahr der Überalterung. Freilich gerade diese zu bekämpfen ist nicht einfach, da nach den Grundsätzen der Privatwirtschaft die fortgesetzte Umstellung auf die neuen Erfahrungen nicht immer durchführbar ist. Auch warnte Taut davor, mit der gesäuberten Form nicht allzu schmale Kost zu geben. Taut kam dann auf den Antipoden der ästhetisch typisierten Form, den Kitsch, zu sprechen und vertrat dabei den Standpunkt, daß der Kitsch solange ein Lebensbedürfnis sein werde als die gesellschaftliche Lüge herrschend sei. Denn Kitsch blühe immer dort, wo etwas nicht öffentlich zutage treten dürfe. Ihn zu beseitigen, erfordere daher eine Umgestaltung der ethischen Auffassung. Die Gestaltung der neuen Wohnung betrachte

er daher auch keineswegs nur als Architektenfrage, sondern sie sei eine Weltanschauungsangelegenheit, in der insbesondere das Kollektivgefühl des modernen Menschen eine neue Ausdrucksform finden müsse.

In jeder Stadt glauben die Bewohner bei dem ersten Anblick der neuen Bauten, daß diese Häuser, die man wegen ihrer ungewohnten Form als scheußlich empfinde, durch die Laune eines Einzelnen entständen. Tatsächlich aber handle es sich um eine große Bewegung, die sich nicht nur über ganz Deutschland erstreckt, sondern auch im Auslande als Ausdruck der neuen Wohnungskultur anerkannt werde. An einer Reihe von Lichtbildern zeigte er dann typische Beispiele der neuen Bauweise, die auf den ersten Blick scheinbar einander sehr ähnlich sehen, tatsächlich aber durch die jeweiligen örtlichen Bedingtheiten entscheidend beeinflußt wurden. Und zwar insbesondere in der Grundrißgestaltung, die bei der neuen Wohnung den ausschlaggebenden Faktor darstellt. Denn die Wirtschaftlichkeit dulde keine Raumvergeudung. Zwar sagt man, daß das Kubikmeter der Häuser der neuen Bauweise sich teurer stelle als in der alten, aber man vergißt dabei, daß durch die Vermeidung unnötigen Rauminhaltes wieder Einsparungen erfolgen. Es wird daher auch schwer möglich sein, eine Grundrißnorm für ganz Deutschland aufzustellen, da in den einzelnen Landesteilen durch Gelände und Materialbeschaffung unumstößliche Bedingtheiten gegeben sind. Wichtige Anregungen erblickt er in einer Siedlung des holländischen Architekten Jansen, der durch bewegliche Wände eine verschiedene Einteilung des großen, das ganze Erdgeschoß ausfüllenden Raumes ermöglichte (inzwischen ist dieses Problem auch von den Architekten Fucker und Bernoully in Frankfurt a. M. aufgegriffen und in einem Beispiel in der Messeausstellung vorgeführt worden). Zum Schluß wies Taut auf die große Verantwortlichkeit hin, die wir unsern Nachfahren gegenüber besitzen und betont die Notwendigkeit bekrönender Zentralgebäude als Volkshaus, Schule oder was immer uns das Kollektivgefühl zu fördern aufgibt.

In dem nächsten Vortrag entwickelte Stadtrat May das Programm des neuen Wohnungsbaues in Frankfurt a. M. Über die einzelnen, in diesem Vortrag berührten Fragen wird noch eingehend in einem der nächsten Hefte der „Deutschen Bauzeitung" berichtet werden. May zeigte in Lichtbildern das historische Wachstum der Stadt Frankfurt. Die eng zusammengedrückten winkligen Gassen des Mittelalters, die zwar der malerischen Schönheit nicht entbehren, aber heute keine würdige Behausung darstellen. Er sprach den entschlossenen Willen des Hochbauamtes aus, all diese Gassen, soweit es sich nicht um künstlerisch wertvolle Einzelbauwerke handelt, möglichst bald niederzulegen. Aber nicht viel erfreulicher sei die Bauten- und Stadtplanung aus der Zeit des schnellen Wachstums der Städte. Verkehrstechnisch unbrauchbare Straßenzüge und hygienisch unerfreuliche Verhältnisse kennzeichnen das graue Häusermeer ohne Grünflächen aus dieser Zeit. Bei der Planung der künftigen Bebauung geht Stadtrat May von dem Gesichtspunkt aus, daß Frankfurt das Zentrum eines Wirtschaftsgebietes sein wird, dessen Durchmesser ungefähr 60 km beträgt. Er will keine konzentrischen Gürtel um die bestehende Stadt herumziehen, sondern die neuen Siedlungsgebiete gewissermaßen wie Trabanten an geeigneten Stellen, vorwiegend in der nordwestlichen Richtung, um Frankfurt herum entstehen lassen. Zwischen diesen einzelnen Siedlungen sollen große Grünflächen bleiben, die einerseits als große Volkserholungsstätten mit Wiesen und verstreuten Baumgruppen gedacht sind und andererseits als Gärten aufgeteilt werden sollen, in denen eine rationelle Gärtnerei betrieben wird. Er entwickelte dann den Anlageplan der einzelnen Siedlungen und erläuterte die Entstehung der verschiedenen Haustypen, sowohl der Einfamilienhäuser wie der Mehrfamilienhäuser, und mit Recht wies er darauf hin, daß etwa bis zum Jahre 1860 die Typisierung — die so viel verschrieene Typisierung —, die für ihn heute kein Problem darstelle, sondern eine Selbstverständlichkeit sei, überall in der Welt in Gebieten gemeinsamer kultureller Grundlage sich ganz von selbst herausgebildet habe. Der mit zahlreichen Beispielen und Gegenbeispielen aus der Tätigkeit des Frankfurter Hochbauamtes illustrierte temperamentvolle Vortrag fand außerordentlich lebhaften Beifall.

Am Nachmittag sprach Prof. Walter Gropius bei noch größerem Andrang über „Die geistigen und technischen Grundlagen des Wohnhausbaues". Seine Ausführungen gingen aus von dem Gesichtspunkte, daß Bauen Lebenssache des ganzen Volkes sei. Das große Interesse, das heute wieder weiteste Schichten am Bauen habe, beweise, wie eng der Zusammenhang mit den gesamten Lebensvorgängen sei. Freilich sei das einheitliche Werkleben des Volkes seit dem Mittelalter nicht zuletzt durch die Gründung der Akademien unterbrochen worden, und erst in jüngster Zeit haben, von England ausgehend und in Deutschland zielbewußt aufgegriffen, neue Bestrebungen eingesetzt, um die Kultureinheit wiederherzustellen. Wichtig sei auch, daß die Isolierung des Künstlers aufhöre und für ihn die Möglichkeit engerer Fühlung mit dem Handwerk und besonders der Industrie geschaffen werde. Zwischen Handwerk und Industrie besteht zwar immer noch ein scheinbarer Gegensatz, aber der Weg der gegenseitigen Annäherung ist gewiesen. Als Laboratoriumsarbeiter in der Industrie, für den Luxusgegenstand und die Reparaturen wird man den Handwerker niemals entbehren können, während andererseits der Massenartikel seinem Wesen nach immer mehr von der Industrie hergestellt werden wird. Aus der fabrikationsmäßigen Herstellung ergibt sich von selbst die Typisierung, die aber keineswegs eine Aufgabe des Individuums bedeute, denn gerade in starken Kulturzeiten finden wir, wie der Redner an einer Reihe von Beispielen zeigte, die ausgesprochene Neigung zur Typisierung. Für die in unserer Zeit allgemein gewordene Unsicherheit ist es notwendig, die Grundelemente der Raumgestaltung zu erforschen. Es stellt sich dabei heraus, daß die Grundformen und die Grundfarben bei allen Rassen der Erde die gleichen sind und nur die Art der Anwendung sich nach Zeiten und Völkern unterscheidet. Wichtig für die Vorstellung der Raumwirkung sind vor allem die Farben mit ihrer psychologischen Wirkung und das Verhältnis des Menschen zur Größe des Baukörpers. Wenn heute die neuen Bauformen so fremd auf uns wirken, so dürfen wir nicht vergessen, daß die neuen Werkstoffe ganz neue Möglichkeiten eröffnet haben. Beton, Glas und Eisen sind geeignet, große Räume hell und mit verhältnismäßig geringen Körpermassen zu gestalten, sie machen Stützen überflüssig, die ehemals unentbehrlich erschienen. Und auch das vielumstrittene flache Dach ist eine Folge der Verwendung der neuen Materialien. Eine große Anzahl von Lichtbildern gab einen Eindruck von den neuen Bauformen, die aus den veränderten Konstruktionsmethoden und Materialien sich organisch entwickelt haben.

Am zweiten Tage referierte Reg.-Baumeister Sander, Berlin, über den Stand der Baunormung. Nach einleitenden Worten über Sinn und Zweck der Normung im allgemeinen ging er auf die Normenfrage im Baugewerbe ein. Er teilte mit, daß der Reichsausschuß für Hochbaunormung in den letzten Jahren für alle Baukörper und Bauteile Normenmaße festgelegt habe. Um eine Vorstellung von dem Umfang der genormten Gegenstände zu geben, führte er Holzfenster, Scheiben, Türen, Treppen, Abflußrohre, Senkkästen, Spülkästen, Spülklosette, Herdplatten, Bordsteine, Bürgersteigplatten und viele Einzelteile mit ihren Normenmaßen vor. Sehr interessant war der Nachweis, daß tatsächlich durch Normung, trotz gesteigerter Qualität, eine wesentliche Verbilligung eingetreten ist. Auch die Erleichterungen durch die Verwendung genormter Bauteile wurde durch Lichtbilder überzeugend dargelegt.

In dem folgenden Vortrag gab Prof. Tuchmüller, Karlsruhe, sehr interessante und zweifellos anregende Ausführungen über das Thema: „Die Lichtversorgung in der neuen Wohnung." Seine Darlegungen erstreckten sich sowohl auf das Tageslicht und seine Einführung in den Wohnraum wie auf das künstliche Licht. Eingehende wissenschaftliche Untersuchungen und Experimente haben ergeben, daß wir immer noch uns viel zu einseitig mit der Verbesserung der Lichtquellen beschäftigen und viel zuwenig Rücksicht auf deren Auswirkung im Raume und auf die Körper nehmen. Da sich alle unsere Wahrnehmungen auf Kontrastwirkungen aufbauen und sich diese aus der Beleuchtung ergeben, so wird es selbstverständlich, daß der Gesichtspunkt der Lichtversorgung mit zu den wichtigsten Aufgaben des neuen Wohnungsbaues gehört. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß aus den neuen Erkenntnissen der Wissenschaft auf diesem Gebiet eine neue Lichtarchitektur erstehen möge. Er versteht darunter eine Architektur, die aus dem Spiel von Licht und Schatten neue Anregungen für die Raumwirkung erhält.

Bei dem Vortrag von Prof. Tuchmüller konnte man trotz vieler ungemein wertvoller Anregungen sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein Fachmann die Aufgaben allzu einseitig vom Standpunkt des Spezialisten betrachtete. Anders bei Geh.-Rat Prof. Dr. Neisser, Frankfurt a. M., der über „Gesundes Wohnen vom Standpunkt des Hygienikers" sprach. Seine lehrreichen, von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Ausführungen ließen erkennen, daß mit dem Wort Hygiene viel dilettantischer Mißbrauch getrieben wird, und daß manche Neuerungen im Wohnungswesen, die auf das Konto hygienischer Forderungen gesetzt werden, im Grunde nur Produkte

künstlerischer Gestaltungsphantasie sind, denen man das fadenscheinige Mäntelchen der Volksgesundheit umgehängt hat. Insbesondere wandte sich Geh.-Rat Neisser gegen die kleinen Wohnräume. Er steht auf dem Standpunkt, daß wenige, aber große Räume für die Volksgesundheit wichtiger seien als viele kleine. Und wenn das Einzelwohnhaus eine Beschränkung der Raumgrößen zur Folge habe, so sei vom gesundheitlichen Standpunkt die Mietskaserne, wenn sie größere Räume biete, zu bevorzugen. Im Gegensatz zu früher vertritt heute die Wissenschaft den Standpunkt, daß für das Raumklima die unbewegte stehende Luft nachteilig sei, und daß es zu den wichtigsten Aufgaben des neuzeitlichen Wohnungsbaues gehöre, für ausreichende Zufuhr an Licht, Luft und Wärme zu sorgen*). Bezüglich der Wärme glaubt Geh.-Rat Neisser die Beobachtung gemacht zu haben, daß im allgemeinen zu große Heizkörper Verwendung finden, da sie auf die äußerste Kälte und nicht auf die Durchschnittstemperatur unseres verhältnismäßig milden Klimas eingestellt sind. Wichtig ist seiner Auffassung nach die Orientierung der Räume. Auf alle Fälle sind Keller- und Dachwohnungen grundsätzlich zu vermeiden. Wünschenswert ist die Trennung zwischen Eß- und Arbeitszimmer. Die Wohnküche muß unbedingt verschwinden. Zu jedem Wohnblock müssen Grün- und Freiplätze ebenso wie Spiel- und Sportplätze gehören, damit die Bewohner einen möglichst großen Teil des Tages außerhalb des Hauses verbringen können. Der häufige Wechsel zwischen Drinnen und Draußen ist das eigentliche Gesunde beim gesunden Wohnen. Natürlich müssen die Verhältnisse dies ermöglichen.

An Stelle des erkrankten Oberbaurats Drechsler, der über „Die Wärmeversorgung in der Volkswohnung" sprechen wollte, hielt der Wiener Architekt Max Schuster einen Vortrag, in dem er sich mit dem Begriff der Kunst in unserer Zeit auseinandersetzte. Sehr lebendig zeigte er den Wirrwarr der Kunstäußerungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bis auf unsere Gegenwart und leitete daraus das Bedürfnis nach einfachen, klaren und sachlichen Formen ab, wie sie uns der Ingenieur gelehrt hat. — Dr. W. Sch.

Vermischtes.

Reichsmittel für die Förderung der Wohnungsbaurationalisierung. Der zuständige Ausschuß des Reichstages hat in einem Zusatz zu dem Abänderungsgesetz über die Verwendung des 200 Millionen-Kredites des Reiches für den Kleinwohnungsbau beschlossen, daß ein Betrag von 10 Millionen Mark dem Reichsarbeitsministerium zum Zweck der Förderung der Rationalisierung im Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere sollen die auf diesem Gebiet von Privatfirmen unternommenen Versuche unterstützt werden, wobei der Typenausschuß des Reichsarbeitsministeriums hinsichtlich der Verteilung der Mittel mitwirken soll. Über die Einzelheiten der Austeilung dieser Gelder werden in Kürze Richtlinien erlassen werden. —

Rechtsauskunft.

Stadtvorstand A. (Abrechnung der ausführenden Firma.)

Für die Errichtung eines Schulneubaues waren die Maurerarbeiten (ohne Materiallieferung) zur Vergebung gelangt. In dem amtlich ausgearbeiteten Blankett war, wie üblich, das Ziegelmauerwerk geschoßweise zur Preisabgabe aufgeführt. Am Gebäude befinden sich zwei Gurtgesimse, das Hauptgesims und senkrechte, spitz vorspringende Lisenen. Um die bei Herstellung derselben entstehenden Mehrarbeiten gegenüber dem glatten Mauerwerk auszugleichen, heißt es in Pos. 30 des Kostenanschlages für den Untergurt: 65 m Gurtgesims, 3 Schichten hoch, 22 cm weit vorzustrecken, als Zulage zum vollen Mauerwerk. Dieselbe Textanordnung ist auch für die übrigen Gesimsausschreibungen angewendet worden.

In der Abrechnung berechnet die ausführende Firma

a) die Massen der Auskragungen in vollem rechtwinkligen (also doppeltem) Querschnitt unter der allgemeinen Mauerwerksposition;

b) die Zulage nach laufenden Metern gemäß der Zulagepositionen.

D. W. ist ein solches Verfahren weder üblich noch gerechtfertigt. Es deckt sich auch nicht mit der Absicht des Ausschreibenden, der die Zuschlagspositionen ja zu dem Zwecke vorgesehen hatte, damit die durch das Vorstrecken der Gesimse gegenüber dem glatten Mauerwerk entstehenden Mehrkosten vom Unternehmer besonders kalkuliert werden konnten. Mit dem Ausdruck „zum vollen Mauerwerk" war das glatt aufgehende Mauerwerk gemeint. —

Unser Gutachter, dem wir die Frage vorgelegt haben, äußert sich dazu wie folgt:

Es ist sonst üblich, derartigen Verträgen besondere Bedingungen als Anlage beizufügen, in denen namentlich auch die Berechnungsweise der Massen festgelegt ist. In solchen Bedingungen ist vielfach auch der vorliegende Fall geregelt, und zwar, wie zuzugeben ist, bisher meist so, daß der Rauminhalt der Gesimse beim Mauerwerk nicht bes. hinzugerechnet wurde.

Der Umstand, daß jede Behörde diese Bedingungen anders festsetzte, hat seit langen Jahren bei den Unternehmern den Wunsch nach Vereinheitlichung wachgerufen und schließlich dazu geführt, daß der vom Reichstag eingesetzte Reichsverdingungsausschuß nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Vertretern der Bauherren und der Unternehmer genaue Aufmeßregeln aufgestellt hat, die seit ihrem Erscheinen sehr schnell bei vielen Behörden und Privaten Anerkennung gefunden haben.

In diesen „Technischen Vorschriften für Bauleistungen" (Bauwelt-Verlag, Berlin SW 68) ist die hier zur Erörterung stehende Frage dahin entschieden worden, daß „Gesimse u. ä." bei mehr als 6 cm Ausladung mit dem kleinsten umschriebenen Rechteck zum Rauminhalt des Mauerwerks hinzugerechnet, sonst durch Zusatzpreise nach Länge besonders vergütet werden, wenn dies in den Ausschreibungsbedingungen vorgesehen ist.

Wenn also, wie es scheint, in dem fraglichen Vertrag keine besonderen Abmachungen über das Aufmaß getroffen sind, so wird sich der Unternehmer bei Gericht voraussichtlich mit Erfolg auf die immerhin schon als landesüblich anzusprechenden Bestimmungen der „Technischen Vorschriften" berufen können.

Sieht man von diesen Vorschriften ab und betrachtet lediglich den Wortlaut des Vertrages, so kommt man auch hier zu dem Schluß, daß leider die im Schreiben vom 20. 5. klargelegte Absicht durch den gewählten Ausdruck nicht ganz unzweideutig erreicht ist, da eine Zulage auch noch eine anderweitige Vergütung nach einem Grundpreise voraussetzt, während beabsichtigt war, daß die Bezahlung lediglich durch die „Zulage" erfolgen sollte. Weiterhin schließt der Begriff „volles Mauerwerk" den Rauminhalt der Gesimse viel eher ein als aus, denn im Gegensatz zu „vollem Mauerwerk" stehen Öffnungen, Hohlräume u. dgl. innerhalb des Mauerkörpers, meist aber aus Mauermasse bestehende Gesimse. Selbst die Auslegung, statt des rechteckig angesetzten Querschnitts nur den Dreiecksquerschnitt als volles Mauerwerk gelten lassen zu wollen, dürfte schwerlich als allgemein übliche Auffassung nachgewiesen werden können.

Es beibt noch die Möglichkeit übrig, die Streitfrage je nach der Höhe der abgegebenen Preise zu entscheiden, aber auch diese werden nur selten zu einem unanfechtbar schlüssigen Urteil führen, da erfahrungsgemäß gerade derartige Zulagepreise ganz außerordentlich stark schwanken.

Nach alledem scheint der Anruf einer gerichtlichen Entscheidung sehr wenig aussichtsreich. Vor Wiederholung derartiger Streitfragen schützt man sich am besten dadurch, daß man die „Technischen Vorschriften usw." als für den Vertrag maßgebend erklärt. — Baurat Hans Winterstein.

Arch. B. P. in St. (Geltendmachung des Ersitzrechtes auf Grund des Preuß. Landrechtes.)

Die bebauten Grundstücke A B C D liegen etwa 65 m tief an einer Verkehrsstraße nebeneinander. Hinter den Grundstücken A—D liegt das bebaute und bewohnte Grundstück E, mit einem schmalen (etwa 3.5 m breiten) Zugang F von der Straße her. Die Eigentümer benutzten seit Jahrzehnten (nachweislich etwa 40 Jahre) den Wegstreifen F, um auf ihr Grundstück zu gelangen (sogenannter Mistweg). Der Wegstreifen F führt keine besondere Parzellennummer, sondern gehört ganz nach E. Vor einigen Jahren ist Grundstück E und F verkauft und in den Besitz von G übergegangen. G hatte bis dahin den Streifen F als alleinigen Zugang zu seinem Grundstück benutzt, das rechts vom Wege liegt. Neuerdings weigert G den Besitzern von A B C D die Benutzung des Weges F, benutzt ihn aber selbst weiter als Zugang zu seinem Grundstück G. Ein schriftliches Recht auf Benutzung des Streifens F können die Besitzer von A B C D nicht nachweisen, auch im Grundbuch ist dieses Recht nicht eingetragen.

Können die Besitzer von A—D auf Grund des Preußischen Landrechtes oder sonstwie ein Ersitzrecht geltend machen? —

Unser Sachverständiger in Rechtsfragen äußert sich dazu wie folgt:

Nach dem Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten kann ein Wegerecht (als Grundgerechtigkeit) ersessen werden. Dazu ist erforderlich, daß die Eigentümer der Nachbargrundstücke die Befugnis zur Benutzung des Weges als ein wirkliches Recht (nicht vermöge einer bloßen Vergünstigung), und zwar mindestens 30 Jahre lang ununterbrochen ausgeübt haben, daß der Eigentümer des Grundstücks E die Benutzung des Weges gekannt und geduldet hat, schließlich daß während der Ersitzungszeit ein Wechsel im Eigentum des Grundstücks E nicht stattgefunden hat. — Dr. Paul Glaß.

Inhalt: Großstadt und Arbeitslosigkeit. — Tagung der Baufachleute zu Frankfurt a. M. am 28. und 29. März 1927. — Vermischtes. — Rechtsauskunft. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin.
Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.

*) Natürlich ist eine Wohnung mit kleinen (selbst sehr kleinen) Räumen bei guter Querlüftung im Einzelhause bedeutend hygienischer als eine doch nur begrenzt größere Wohnung im Mietshause. (Die Schriftltg.)